

NR. 002 A - ZEICHNUNGSTECHNISCHER TEIL FLUR GEMARKUNG /01 BIS /19 PARZELLE : FEUERWEHRUMFAHRT BAUUNTERNEHMEN o SD -----GEWERBEBETRIEB VORH. -----UMSPANNWERK VORH. ----

-

B-TEXTTEL

I. Rechtsgrundlagen

VOR 08.12.1986 (BGBL. I S. 1165)

Planzeichenverordnung (PlanzVO) vom 18.12.1990 (BGBL. 1991 I S. 58)

- II. Planungsrechtliche Festsetzunger

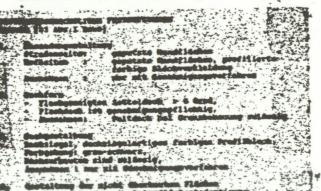
 - GE Gewerbegebiet (§ 8 Abs. 2 BauNVO)
 - mit eigenem Lagerplatz und öffentliche Betriebe - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
- Baulinie Baugrenze geplante Grundstücksgrenze
- Straßenverkehrsf läche Straßenbegrenzungslinie
- Verkehrsflächen besondere Zweckbestimmung - öffentliche Parkfläche
- (Mit Geh- (G) und Leitungsrechten (L) zu belastende Fläche zu Gunsten der
- Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluß - Einfahrtbereich
- Hauptversorgungs- und Hauptvesserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
- unterirdisch worh. unterirdisch neu
- E-Kabel / Elektrizität Gasleitung Wasserversorgungsleitung Telefonleitung
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) öffentliche Grünfläche Pflanzgebot für Bäume

zu erhaltende Bäume

- Firstrichtung

- . Wasserflächen zur Regelung des Wasserflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB) Wasserfläche: Plumpengraben
- 8. Sonstige Planzeichen Grenze des räumlichen Geitungsbereiches des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung Baugestaltung (§ 12 Abs. 1 Bau0)
- Satteldach - Flachdach
- Zahi der Vollgeschosse Geschoßf lächenzahl Grundf lächenzahl Bauweise

gende Stoffe (z.B. Schweröl als Brennstoff, Abfälle) Eine Wärmeversorgung auf der Grundlage von festen



- IV. VERFAHRENSVERMERKE 1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom .30.92...
 Die Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom .4.40.92. bis zum .29.40.92. erfolgt
- 2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz BauGB ist am . 17.5.93 durchgeführt worden.
- 3. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 6.5.93 zur Abgabe einer Stellungnahme
- 4. Die Gemeindevertretung hat am 29.9.93 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung
- bestimmt.
- nach § 3 Abs. 2 BaudB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis , daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können.
 durch Aushang: in der Zeit vom 30.9.93bis zum 43.40.33
 ortsüblich bekannt gemacht worden.
- Es wird bescheinigt, daß de vorentes und Bezeichnungen der Flurstücke mit dar Darstellung in der Liegenschaftskarte nach dem Standten von der bereinstimmen.

 (Ort, Datum, Siegelabsbuck)

 (UnterSchrift)
- 7. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger: öffentlicher Belange am 24.41.13geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
- 8. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 30.3.9/4/yon der Gemeindsvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebau-ungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 24.44.43

DIPL-ING KLAUS LEWERENZ

AUFGESTELLT:



9. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 10.54.44 mit und ohne Nebenbestimmungen



Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

- 11. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind in der Zeit vom durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht bis zum durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängein der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungs-ansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hinge-
- wiesen worden. Die Satzung ist am in Kraft getreten. Bürgermeister

BEBAUUNGSPLAN NR. 002

A - ZEICHNUNGSTECHNISCHER TEIL BEGRÜNDUNG U. GRÜNORDNUNGSPLAN S. ANLAGE

"ERSTER ZEUTHENER GEWERBEPARK HANDWERKER U. GEWERBETREIBENDE

SCHILLERSTRASSE 54/58